

RESOLUTION

# Anti- Teuerungs- Gipfel



Österreichische  
Hochschüler\_innenschaft

Das "gute Leben für alle" - nur eine romantische Fantasie? Nein! Eine freie Gesellschaft, befreit von Armut, Klimazerstörung, Existenzängsten und Ungerechtigkeiten ist möglich. Dorthin kommen wir aber nur, wenn wir das bestehende System ändern. Die Multi-Krise, die wir aktuell erleben, zeigt uns, wie sehr die heutigen politischen Probleme miteinander zusammenhängen. Die Teuerung ist sowohl eine soziale Krise, als auch eine Klimakrise und der gemeinsame Verursacher ist der Kapitalismus. Das Bildungssystem ist nicht nur der Ort, wo wir die Zukunft unserer Gesellschaft ausbilden, sondern auch ein Spiegel für unsere Gesellschaft. Gesellschaftliche Missstände bilden sich auch in der Bildung ab und gleichzeitig ist die Bildung auch der Schlüssel, um jene zu bekämpfen.

Die Teuerung ist heutzutage in aller Munde - zu Recht, denn sie stürzt fast alle, aber besonders die ohnehin bereits benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft, in existenzbedrohende Lebenssituationen. Wenn wir jetzt keine politische Kehrtwende starten, stehen zahllose Existenzen auf dem Spiel.

Deshalb ruft die ÖH dazu auf, solidarische Politik gegen die Teuerung zu betreiben. Die ÖH und ihre Bündnispartner\_innen sehen sich nicht in der Verantwortung, für jede Frage eine Antwort und für jedes Problem eine Lösung zu formulieren. Für Fragen der Bildung und Jugend jedoch sind wir die Expert\_innen und zeigen daher auf, wie für diese Bereiche die politischen Entscheidungen fallen müssen. Diese Resolution ist daher kein abgeschlossener Plan - und muss doch als politische Handlungsanleitung gelten.

# Maßnahmen, die es jetzt braucht: In der Bildung

## 1. Teuerungsausgleich für öffentliche Bildungsstätten

Die Ausgaben für die Infrastruktur der öffentlichen Kindergärten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen sind mit der Teuerung ebenfalls enorm gestiegen. Schulen und Kindergärten sollten nicht für diese Krise mit zu hohen Kosten und weniger Fördermöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bestraft werden! Es muss öffentlich sichergestellt werden, dass es ausreichend beheizte Klassenzimmer und Kindergartengruppenräume gibt. Auch die öffentlichen Hochschulen müssen die durch die Teuerung entstehenden Mehrkosten ersetzt bekommen. Die österreichische Universitätenkonferenz rechnet mit einem Budgetloch von 1.2 Milliarden €. Diese Summe muss die Regierung nun bereitstellen. Mehrere Hochschulen haben bereits angekündigt, dass durch die zu erwartenden Kosten Finanzierungsprobleme entstehen, die ansonsten über unbeheizte Hörsäle oder unmenschliche Maßnahmen wie die massenhafte Entlassung von Mitarbeiter\_innen ausgeglichen werden müssen. Solche Maßnahmen treffen insbesondere Studierende und junge Akademiker\_innen: als Studienassistent\_innen, Tutor\_innen oder Forschungsmitarbeiter\_innen sind schon jetzt in prekären Anstellungssituationen und meist zuerst von Kündigungen getroffen. Kürzungen beim Personal, ob im wissenschaftlichen oder nicht-wissenschaftlichen Bereich, sind keine akzeptablen Lösungen

## 2. Familienbeihilfe ausbauen

Die Familienbeihilfe ist eine wichtige finanzielle Stütze für Kinder und junge Erwachsene. Leider wird sie den immer teurer werdenden Anforderungen unseres Bildungssystems nicht gerecht. Der Bildungstag ist trotz Familienbeihilfe für viele Familien nicht leistbar. Deswegen muss die Familienbeihilfe ausgebaut werden. Einerseits muss die Höhe an die Kostenrealität angepasst werden und andererseits muss die Altersgrenze endlich wieder auf 27 Jahre angehoben werden, um dem Durchschnittsalter der Studierenden von 26 Jahren in Ansätzen gerecht zu werden. Die Notwendigkeit nach finanzieller Unterstützung wird mit dem steigenden Alter nicht weniger, sondern mehr! Ein zusätzlicher Aspekt ist die Ausweitung des Schulstartgeldes, welches an die Familienbeihilfe gekoppelt ist. Hier schlagen wir drei wesentliche Änderungen vor: die Ausweitung auf Schüler\_innen der Sekundarstufe II inklusive Lehrlinge, die Verdoppelung des Auszahlungsbetrages von 100 auf 200 Euro und die Vorverlegung des Auszahlungszeitpunktes von September auf August.

### 3. **Ganztagsschulen & soziale Räume schaffen**

Bildung ist mehr als für Prüfungen auswendig zu lernen und regelmäßig Hausaufgaben zu schreiben. Ein zentraler Bestandteil der Bildung ist der soziale Austausch zu einem Thema, sowie die Reflexion und Diskussion darüber. Dafür fehlt es aber im aktuellen Bildungssystem schlichtweg an Zeit und Ressourcen. Die Lernenden und die Lehrenden brauchen mehr Zeit, um gemeinsam zu üben, Neues auszuprobieren und das Gelernte zu hinterfragen. Deswegen ist Zeit, endlich langfristige Investitionen in den Ausbau von beitragsfreien und hochwertigen Ganztagsschulen zu fördern. Die Ganztagschule kann der perfekte Ort sein, um vielfältige Freizeitangebote für Schüler\_innen aus allen sozialen Schichten kostenlos zur Verfügung zu stellen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern.

### 4. **Gratis Nachhilfe & sozial gerechte Förderangebote**

Wir wissen, dass Bildung in Österreich noch immer größtenteils vererbt wird. Arbeiter\_innenkinder werden Arbeiter\_innen und Akademiker\_innenkinder werden Akademiker\_innen. Weiters verschlimmern soziale Krisen, wie die Teuerung, diese ohnehin sehr starke soziale Selektion um ein Vielfaches. Deshalb braucht es bereits ab dem Kindergarten kostengünstige Förderangebote, die vor allem armuts- und ausgrenzungsgefährdete Kinder und Jugendliche in Kindergarten, Schule und Ausbildung auf ihrem Bildungsweg unterstützen – dazu gehört auch die gratis Nachhilfe. Darüber hinaus muss auch die Teilhabe in der Freizeit armutsgefährdete Kinder und Jugendliche sichergestellt werden. Wir fordern niederschwellige Fördertöpfe, um im Bereich der Freizeitförderung Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen.

### 5. **Eine Studienbeihilfe, die zum Leben reicht**

Die erstmalige automatische Inflationsanpassung der Studienbeihilfe und der anderen Sozialleistungen aus dem dritten Anti-Teuerungs-Paket ist ein wichtiger Schritt. Aber leider sind die Beihilfen trotz der Inflation schlichtweg zu gering. Es braucht eine deutliche Erhöhung aller Teilbeträge, sodass die Höchstfördersumme der Studienbeihilfe nicht unter der Mindestsicherung inkl. Ausgleichszulage bleibt. Die oben genannte Erhöhung der Familienbeihilfe gehört hier genauso dazu. Es braucht darüber hinaus einen Ausbau der Sozialleistungen, damit tatsächlich Menschen in allen Lebensrealitäten die Unterstützung erhalten, die sie brauchen. Die Bezugsdauer muss an die Realität angepasst werden und Drittstaatsstudierende brauchen einen niederschweligen Zugang.

## 6. Berufstätige Studierende entlasten

Mehr als die Hälfte der Studierenden ist bereits berufstätig und somit mit einer enormen Doppelbelastung konfrontiert. Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, die dazu geführt hat, dass sehr viele Studierendenjobs ersatzlos weggefallen sind, sind immer noch deutlich spürbar und haben sich sogar durch die massive Teuerung für die täglichen Grundbedürfnisse verschlimmert. Es kann keinesfalls weiterhin die Realität bleiben, dass Studierende als unterbezahlte oder sogar unbezahlte Arbeitskräfte in Form von Pflichtpraktika ausgebeutet werden. Arbeit ist Arbeit und Arbeit muss gerecht entlohnt werden! Es braucht außerdem mehr Flexibilität im Studium, um das Studium besser mit dem Beruf zu vereinen und nicht ständig Studienverzögerungen zu verursachen. Auch die Studienbeihilfe muss Unterstützung für berufstätige Studierende bieten. Daher muss die Zuverdienstgrenze auf 20.000€ im Jahr angehoben werden.

## 7. Hochschulen als Raum für Alle

Hochschulen sollten als öffentliche Orte nicht nur Studierenden und Bediensteten zur Verfügung stehen, sondern der Gesamtgesellschaft zugänglich sein. Insbesondere im Winter braucht es beheizte, öffentliche und konsumfreie Räumlichkeiten, in denen sich Personen aufhalten können. Als Ort der Neugier, des Wissens und der Begegnung eignen sich Hochschulen hierfür besonders und sollten daher in Solidarität mit der Gesamtgesellschaft ihre Tore öffnen.

## 8. Energiewende in die Ausbildung

Um die Preissteigerung und Krisen auch über den Winter hinaus abzuschwächen, gilt es jetzt, einem möglichen Fachkräftemangel vorzukommen. Für eine rasche Energiewende braucht es sofort zusätzliche Ausbildungsanreize für nachhaltige und technische Berufe mit Bezug zu erneuerbaren Energien. Besonders wichtig ist hierbei die zeitliche Komponente. Deshalb ist darüber hinaus anzudenken, jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten, als Alternative zum Präsenzdienst oder Zivildienst am Ausbau der erneuerbaren Infrastruktur Österreichs mitzuwirken und dort eine notwendige Grundausbildung für diese Aufgabenstellung zu erlangen. Bereits bestehende Initiativen in dieser Richtung berücksichtigen diese zeitliche Komponente nicht ausreichend und sind schneller durchzuführen sowie auszuweiten.

# Maßnahmen, die es jetzt braucht: In der Gesellschaft

## 1. Allgemeiner Mietpreisdeckel

Wohnkosten sind die größten Ausgaben, die die meisten Menschen Monat für Monat betätigen müssen. Bereits vor der aktuellen Teuerung haben die viel zu hohen Mietpreise Menschen in die Armut getrieben. Auf Druck vom ÖGB und der AK wurden die Mieterhöhungen 2021 ausgesetzt. Dieses Jahr wurden sie aber wieder erhöht. Diese Mietsteigerung muss zurückgenommen werden. Es muss des Weiteren endlich sichergestellt werden, dass sich jede Person Wohnen leisten kann. Dafür braucht es eine Reihe an Steuerungsmaßnahmen und Unterstützungsleistungen, wie eine allgemeine Deckelung von Mietpreisen, mehr staatlich geförderten Wohnbau und staatlich übernommene Kosten für Studierendenheime. Außerdem wird es höchste Zeit für die Einführung einer Leerstandsabgabe.

## 2. Öffentliche Finanzierung des Energiebedarfs

Heiz- und Stromkosten sind bereits jetzt eine große finanzielle Belastung für die Gesellschaft. Mit der Teuerung sind Kostensteigerungen um ein Vielfaches zu erwarten. Diese Kosten können gerade Studierende und junge Menschen nicht stemmen. Bevor Studierende wegen dieser Kosten in noch größere finanzielle Schwierigkeiten gelangen oder gar ihr Studium abbrechen müssen, braucht es die öffentliche Verantwortung, die Grundbedürfnisse von Strom und Energie, die wir alle haben, zu finanzieren. Wichtig ist jedoch, dass verschwenderischer Energieverbrauch hiervon ausgenommen wird und die Maßnahmen treffsicher gestaltet werden. Ansonsten käme dies einer fossilen Subvention gleich für die junge und marginalisierte Menschen mit horrenden Preissteigerungen sowie dem Verlust einer intakten Umwelt bezahlen müssten. Hier und bei anderen Unterstützungsmaßnahmen zum Thema Wohnen dürfen Studierende in Student\_innenheimen oder Studierende, die ihren Wohnort am Studienort als Nebenwohnsitz gemeldet haben, nicht aus bürokratischen Gründen vergessen und somit benachteiligt werden.

### **3. Klimaticket ohne Kosten**

Der öffentliche Verkehr stellt für viele, gerade junge Menschen, eine sehr wichtige Rolle im Alltag und in der Bekämpfung der Klimakrise dar. Junge Menschen wollen Öffis, Junge Menschen brauchen Öffis. Aber leider ist auch der öffentliche Verkehr eine große Kostenstelle, die nicht für alle leistbar ist. Vor allem, da in vielen Regionen das Öffi-Netzwerk zu wenig ausgebaut ist, um vollständig vom Auto wegzukommen. Es ist dringend an der Zeit, dass alle einsteigen dürfen! Wir fordern das kostenlose Klimaticket.

### **4. Streichen der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel**

Die Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel würde den Lebensmitteleinkauf auf einen Schlag um zehn Prozent billiger machen – eine akute Hilfsmaßnahme, die unkompliziert bei allen Menschen ankommt.

### **5. Öffentliche Finanzierung von Grundbedürfnissen sicherstellen**

Durch Erbschafts-, Vermögens- und Übergewinnsteuern werden die ungerechten Vermögensverhältnisse aufgebrochen. Die daraus entstehenden Einnahmen finanzieren kurz- und langfristige Maßnahmen hin zu einer gerechten Gesellschaft. Mit einem gerechten Steuersystem sollen vor allem Wohnen, Energie, Mobilität und Lebensmittel leistbar werden, aber dazu gehört auch, dass alle sozialen Grundbedürfnisse, wie chancengerechte Bildung und Gleichberechtigung öffentlich gedeckt werden. Der Leistungsgedanke in der Finanzierung des Bildungswesen muss abgebaut werden. Das Bildungsangebot soll keiner ökonomischen Verwertungslogik mehr folgen, sondern sich nach den freien Interessen der Schüler\_innen, Lehrlingen und Studierenden und der Verantwortung der Bildungsinstitutionen gegenüber der Gesellschaft richten. Darüber hinaus kann dadurch auch der Klimaschutz öffentlich finanziert und sozial verträglich gestaltet werden.

## 6. Erneuerbare ausbauen für eine Entlastung über den Winter hinaus

Um all diese Maßnahmen langfristig erhalten zu können, müssen auch die Grundlagen der derzeitigen Energiekrise angegangen werden. Zusätzlich ergeben sich dadurch zusätzlich eine Senkung des Strompreises, weniger Abhängigkeit von Gas importieren und fossilen Energieträgern, eine bessere Chance, die österreichischen Klimaziele doch noch einzuhalten. Hierfür muss der Ausbau der erneuerbaren Energien in ganz Österreich in nie dagewesener Schnelligkeit vorangetrieben werden. Vor allem in der Windkraft besteht in allen Bundesländern dringender Aufholbedarf.

## 7. Wenn junge Menschen sparen sollen, muss das die Industrie erst recht

Energieeffizienz und Energiesparen sind ob der aktuellen Situation unabdingbar, dies muss jedoch gesellschaftlich gerecht gestaltet werden. Daher ist es notwendig, dass Entlastungspakete und Energiesparkampagnen treffsicher und nach sozialen sowie klimafreundlichen Kriterien erfolgen. Es müssen Anreize geschaffen werden, in diesen Bereichen schnellstmöglich Energiespar-Anreize zu schaffen und die Umstellung auf klimafreundliche Alternativen in der Produktionskette umzustellen.

Österreichische Hochschüler\_innenschaft  
Taubstummengasse 7-9  
1040 Wien  
oeh@oeh.ac.at

Österreichische Gewerkschaftsjugend  
Johann-Böhm-Platz 1  
1020 Wien  
jugend@oegb.at

26. September 2022